

Schöne Geschichten? Legitimation und Zwang in der europäischen Krisenpolitik

LISA MITTENDREIN

1. EINLEITUNG

Heute, in der schwersten Wirtschaftskrise Europas seit den 1930ern, stellen sich Fragen der Legitimation ganz akut. Die vorherrschende Krisenpolitik, die sich gegen die Interessen von breiten Bevölkerungsteilen richtet und die mit ihr einhergehenden, grundlegenden institutionellen Veränderungen in der Europäischen Union machen neue Narrative notwendig, die diese Prozesse erklären, begründen und rechtfertigen (siehe auch den Beitrag von Lehner in diesem Band). Diese neuen Diskurse auf der einen und die Massenproteste gegen die Krisenpolitik auf der anderen Seite sind nur zwei der augenscheinlichsten Hinweise darauf, dass die Legitimation der gegenwärtigen Krisenpolitik in Frage steht. Wie diese Politik legitimiert wird und welche Erzählungen herrschende Verhältnisse rechtfertigen sind nicht nur Gegenstand kritischer Sozialwissenschaft, sondern auch zentral für jene, die diese bearbeiten, hinterfragen und verändern wollen.

Ingar Solty und Stephan Gill identifizieren vier Indikatoren für die aktuelle Legitimationskrise der Europäischen Union (Solty/Gill 2013, 85ff.): Erstens stellt die materielle Situation, insbesondere in der europäischen Peripherie, die Legitimität der europäischen Politik in Frage. Mit allgemeinen Arbeitslosenraten über 25 Prozent und einer Jugendarbeitslosigkeit über 55 Prozent in Spanien und Griechenland (Eurostat 2014), Lebensmittelarmut bei 10 Prozent der irischen Bevölkerung (Mandate/Unite 2013, 2f.), der Auswanderung von 120.000 Menschen aus Portugal allein im Jahr 2012 (Instituto Nacional de Estatística 2013) und dem Verstoß gegen zentrale Grund- und Menschenrechte (AK Wien 2013) untergräbt die menschenrechtswidrige Austeritätspolitik die Zustimmung der Menschen zu diesem Europa direkt. Zweitens zeigt die Verschärfung von Ten-

denzen autoritärer Herrschaft, dass heute neben diskursiver Legitimation eine zusätzliche Disziplinierung notwendig ist, um die bestehende Ordnung aufrechtzuerhalten. Das augenscheinlichste Beispiel dafür liegt in der Einrichtung der Troika, einer Institution für die es keine rechtliche Grundlage und keine demokratischen Steuerungsmöglichkeiten gibt. Auf das Zusammenspiel von Legitimation und autoritärer Krisenbearbeitung komme ich im Beitrag gesondert zurück. Drittens nennen Solty/Gill die Erosion der repräsentativen Demokratie mit ihrer Krise der traditionellen Massenparteien, zunehmender Wahlenthaltung und dem Erstarken neuer politischer Gruppen und Formen. So fanden zwischen 2009 und 2012 in zwölf Mitgliedsstaaten der EU vorgezogene Wahlen statt, darunter in neun Ländern der Eurozone (Candeias 2013). Viertens argumentieren Solty und Gill, dass heute in Europa ein (im gramscianischen Sinn) »Alltagsverstand« des Politikversagens besteht, ein Gefühl der Dauerkrise, des Regierungsunvermögens und der politischen Ausweglosigkeit, das ebenfalls Indikator einer Legitimationskrise ist.

Mit Blick auf diese Legitimationskrise diskutiere ich im vorliegenden Beitrag, mit welchen Strategien die politischen und wirtschaftlichen Eliten Europas derzeit versuchen, den für ihre Politik notwendigen Konsens herzustellen. Dazu folgt zunächst eine kurze Einführung in die europäische Krisenpolitik (2.), auf der die Kapitel zu Legitimationsstrategien (3.) und autoritären Durchsetzungsmechanismen (4.) aufbauen.

2. EUROPÄISCHE KRISENPOLITIK: EINE KURZE EINFÜHRUNG

Unter dem Überbegriff der europäischen Krisenpolitik¹ verstehe ich all jene politischen Prozesse, Projekte und Entscheidungen, mit denen die Krise seit 2008 (zuerst in ihrer Form als Finanz-, Banken- und Wirtschaftskrise, dann als Eurokrise) bearbeitet wird. Die ersten Maßnahmen wurden in Europa nach Krisenbeginn wenig koordiniert auf nationalstaatlicher Ebene verabschiedet – das betrifft vor allem die ersten Bankenrettungen und Kürzungspakete 2008/09 sowie in einigen Fällen auch Konjunkturpakete. In den folgenden Jahren hat sich die Krisenpolitik zunehmend europäisiert. So wird einerseits die Politik im national-

1 Ich verwende den Begriff der Krisenpolitik synonym mit dem der Krisenbearbeitung und in Abgrenzung zu »Krisenbekämpfung« um zu betonen, dass es sich hier um Maßnahmen handelt, die im Kontext der Krise stehen, diese nutzen und bearbeiten, jedoch nicht primär ihre Lösung (»Bekämpfung«) zum Ziel haben.

staatlichen Kompetenzbereich stärker europäisch normiert und diskursiv eingebettet, andererseits entsteht eine wachsende Anzahl europäischer Institutionen und Instrumente zur Krisenbearbeitung.

Die europäische Krisenpolitik besteht aus zwei zentralen Elementen, die zwar an unterschiedlichen Punkten ansetzen, jedoch langfristig beide die Stabilisierung und Vertiefung neoliberaler Politik in Europa zum Ziel haben. Die *erste* Säule der Krisenpolitik bilden die sogenannten Rettungsprogramme, im Rahmen derer Eurostaaten, die sich nicht mehr selbst an den Finanzmärkten finanzieren können, Kredite von den »Rettungsschirmen« EFSF (Europäische Finanzstabilisierungsfazilität) und ESM (Europäischer Stabilitätsmechanismus) erhalten. Unter Aufsicht der Troika aus Europäischer Kommission, Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfonds müssen die Staaten im Gegenzug harte Auflagen erfüllen. Diese folgen immer demselben Muster: Ausgabenkürzungen bei Sozialem, Pensionen und Gesundheit, Steuererhöhungen für die breite Bevölkerung, Privatisierungen, Entlassung öffentlich Bediensteter und Deregulierung des Arbeitsmarktes. Bisher haben Griechenland, Irland, Portugal, Spanien (nur zur Bankenrekapitalisierung) und Zypern EFSF/ESM-Kredite erhalten und die Troika-Programme umgesetzt – mit brutalen Folgen für die Bevölkerungen.²

Die *zweite* Säule der europäischen Krisenpolitik bildet eine Anzahl von Maßnahmen und Regelungen, die unter dem Begriff der *Economic Governance* zusammengefasst werden. Es handelt sich dabei um eine Vielzahl neuer Verträge und Vertragsänderungen, die die wirtschaftspolitische Steuerung in der EU beziehungsweise der Eurozone grundlegend verändern. Mit dem Europäischen Semester, Six-Pack, Fiskalpakt und dem Two-Pack wurde eine Vielzahl von Regelungen eingeführt, die schrittweise die bestehenden Budget-Regelungen (»Maastricht-Kriterien« und andere) verschärfen. Die Mitgliedsstaaten verpflichten sich damit noch stärker zur Senkung des Budgetdefizits, was auch in Krisenzeiten vor allem durch Ausgabenkürzungen erreicht werden soll. Weiters erhält die Europäische Kommission stärkere Kontrolle über die Haushalte und Wirtschaftspolitik der Mitgliedsstaaten und kann Vorgaben zu sogenannten Struktur-reformen machen. Der Zwang zu Defizitreduktion und Ausgabenkürzungen orientiert sich an neoliberalen Konzepten staatlicher Wirtschaftspolitik und an den Interessen des europäischen Kapitals: kleiner Staat mit geringen öffentlichen Ausgaben (und folglich wenigen öffentlichen Leistungen und Privatisierungen),

2 Die sich ständig verschlimmernden Lebensumstände der Menschen in der europäischen Peripherie werden auch medial diskutiert, wenn auch meist ohne der notwendigen politischen Kontextualisierung. Inzwischen existieren die ersten länderübergreifenden Studien zu den Folgen der europäischen Austeritätspolitik, die die Dramatik der Situation verdeutlichen (AK Wien 2013; Caritas Europa 2014; Oxfam 2013).

deregulierte Arbeitsmärkte sowie die Ausrichtung der Wirtschaftspolitik auf Export und Standortwettbewerb. Über die Festschreibung dieser Prinzipien in teils unkündbaren Verträgen wird die neoliberale ideologische Ausrichtung der europäischen Wirtschaftspolitik langfristig festgeschrieben (Corporate Europe Observatory 2014; Klatzer/Schlager 2011; Konecny 2012; Oberndorfer 2012a; 2013).

Die sogenannten Rettungsprogramme in den Krisenländern sind die radikalisierte Form dessen, was die *Economic Governance* in kleinen Schritten und langfristig für ganz Europa festschreibt – beide Elemente sind Teil einer gemeinsamen politischen Strategie. Die weiteren Mechanismen der europäischen Krisenpolitik haben ebenfalls dieselbe politische Ausrichtung. Dazu gehören die Maßnahmen der Europäischen Zentralbank, die in der Krise in zuvor unvorstellbarem Ausmaß Liquidität für Banken bereitstellt, sowie teilweise Staatsanleihen von Ländern mit EFSF/ESM-Programmen ankauft, um Spekulation gegen diese zu entmutigen. Daneben existiert außerdem der Bereich der Finanzmarkt- und Bankenregulierung, in dem es jedoch bisher nur kleine Anpassungen gab, die die Grundprobleme des Finanzsektors nicht beheben und teilweise sogar verschärfen.

Europäische Politiker_innen³ und ihre Diskursproduzent_innen begleiten mit ihren Legitimationsbemühungen alle Aspekte der Krisenpolitik, sie müssen aber darüber hinaus auch auf grundlegendere politische Umbrüche reagieren. Trotz der breiten Durchsetzung neoliberaler Maßnahmen ist die gesellschaftliche Hegemonie des Neoliberalismus mittlerweile auch brüchig geworden: Die weitgehende Individualisierung und Herabwürdigung alles Kollektiven, die immer weiter zunehmende Prekarisierung und das Scheitern der (Wohlstands-)Versprechen der europäischen Integration sind nur einige der gesellschaftlichen Realitäten, die an der Zustimmung zu dieser wirtschaftlichen Ordnung rütteln. So stehen die Grundlagen des neoliberalen Kapitalismus insgesamt in Frage – durch die höchst instabile ökonomische Situation sowie durch die brüchig werdende gesellschaftliche Zustimmung. Die Reaktion darauf ist eine immer autoritärere Politikdurchsetzung, denn, um es mit Laskos/Tsakalotos (2013, 2) zu sagen: »We might be moving either in the direction of a far more authoritarian capitalist settlement, or to a long period of transcendence of some of the essential features of capitalism.«

3 Unter »europäische Politik« fasse ich Politiker_innen aus den europäischen Institutionen (Parlament, Kommission, EZB, Rat) und europapolitisch aktive Politiker_innen aus den Mitgliedsstaaten und deren Verwaltungsapparate.

3. LEGITIMATIONSSTRATEGIEN DER KRISENPOLITIK

Im Folgenden identifiziere ich einige der zentralen Legitimationsstrategien der Krisenpolitik. Dabei liegt der Fokus auf den Argumentationsmustern, ihrer internen Logik und der Absicht der Legitimation. Die Beispiele repräsentieren zentrale Aspekte der öffentlichen Debatte zur Eurokrise; es handelt sich dabei jedoch nicht um den Versuch einer abschließenden Nennung.

Narrativ 1: Die Krise als Ausnahmezustand

Das erste und übergeordnete Narrativ, das Politiker_innen seit Jahren immer wieder bedienen, besagt, dass ›die Krise‹ jetzt gegen die breite Bevölkerung gerichtete Maßnahmen notwendig mache. Ohne weiter ins Detail zu gehen, wird ›die Krise‹ beschworen um Kürzungen zu rechtfertigen, soziale Folgen zu ignorieren oder politische Forderungen der Gegenseite zu delegitimieren. Die Krise und ihre Dringlichkeit werden auch als Begründung dafür herangezogen, dass politische Maßnahmen an demokratischen und rechtsstaatlichen Institutionen vorbei, etwa Parlamenten im Fall der Troika, und unter Missachtung rechtsstaatlicher Prinzipien, etwa des Europarechts im Fall des Fiskalpakts, durchgesetzt werden. Es wird argumentiert, der übliche demokratische und rechtsstaatliche Weg sei zu langsam um die Krise wirksam zu bekämpfen.

Konkreter dienen Krisenphänomene (in vielen Fällen nicht direkte Folgen der Krise, sondern der Kürzungspolitik) als Basis dieses Legitimationsmusters, um etwa Eingriffe in soziale Rechte und Leistungen zu rechtfertigen. So wird beispielsweise die hohe Arbeitslosigkeit in den Programmländern (Griechenland, Portugal, etc.) herangezogen, um die Deregulierung des Arbeitsmarktes zu begründen. Laut dem spanischen Wirtschaftsminister Luis de Guindos sollen mit der »außerordentlichen aggressiven Reform« des Arbeitsmarktes vor allem »Arbeitsplätze für Jugendliche geschaffen werden«. Umgesetzt werden soll dies mittels erleichterter und verbilligter Kündigungen, weniger abgesicherter Verträge und über die Schwächung der Gültigkeit von Kollektivverträgen (FAZ 10.02.2012; Schulz Jimeno 2012). In Griechenland ist die Argumentation ähnlich: Im Zuge der Arbeitsmarktreformen wurde dort unter anderem die Sechstage-Woche wiedereingeführt und die Mindestlöhne gesenkt. Das deutsche Finanzministerium macht den angeblichen Zusammenhang sehr explizit: »Für Jugendliche wurde der Mindestlohn sogar um 32 Prozent (Anm.: 510 Euro brutto) gesenkt, damit er nicht zur Jugendarbeitslosigkeit beiträgt.« (Bundesministerium der Finanzen 2014) Auch wenn es paradox erscheint: Diese Legitimierungsstrategie versucht die Verzweiflung der Menschen über Armut und Arbeitslosigkeit

zu nutzen, um weitere neoliberale Reformen als unvermeidbar darzustellen. Die zentrale Wirkungsweise des Narrativs liegt somit in der Umkehrung von Ursache und Wirkung: Arbeitslosigkeit oder ein fragmentierter öffentlicher Sektor sind so nicht mehr Folge von Krise und Krisenpolitik, sondern Teil der Ursache. Auf diese Weise werden eben jene neoliberalen Rezepte durchgesetzt und radikalisiert, die die Krise eigentlich mitverursacht haben.

Narrativ 2: Die Krisenpolitik ist alternativlos

Margret Thatchers Leitspruch TINA – »There is no alternative« – erlebt heute im Kontext der Krisenpolitik eine Aktualisierung. Bereits im Großbritannien der 1980er Jahre diente TINA dazu, eine marktradikale Politik von Liberalisierung, Privatisierung und Sozialabbau durchzusetzen. Heute wird das Mantra der »Alternativlosigkeit« wieder herangezogen um zu erklären, warum bestimmte Politiken im Rahmen der Eurokrise durchgesetzt werden müssen. So beschrieb beispielsweise Angela Merkel die Verstaatlichung der deutschen Hypo Real Estate als »alternativlos« (N24 Online 18.02.2009) und auch zu den sogenannten Rettungsprogrammen gibt es für sie »keine Alternative« (Zeit Online 07.09.2011). Die deutsche SPD gibt eine ähnliche Einschätzung der politischen Situation ab: Für Ex-Finanzminister Steinbrück war die Rettung der HSH Nordbank »alternativlos« und Außenminister Steinmeier sieht für Griechenland »keine Alternative zum Spar- und Reformkurs« (WAZ 10.01.2014). Auch die österreichische Regierung beschwört TINA, etwa wenn Kanzler Faymann hinsichtlich der Eurozone betont: »Vertiefung ist alternativlos« (Kleine Zeitung 27.06.2012) und Finanzminister Spindelegger Steuererhöhungen als »unangenehm, aber alternativlos« bezeichnet (Puls 4 14.01.2014).

Das Mantra der »Alternativlosigkeit« legitimiert Maßnahmen zum Nachteil breiter Bevölkerungsteile mit der Behauptung, politische und ökonomische »Sachzwänge« würden eine andere Politik unmöglich machen. Diese Legitimationsstrategie wirkt, indem sie die politische Auseinandersetzung *entpolitisiert*: Es wird suggeriert, wirtschaftspolitische Probleme wären Sachfragen, auf die objektiv richtige Antworten gefunden werden könnten. Ideologische Grundlagen, Werte, Interessen und politische Ziele werden somit ausgeblendet und Politik zu einer technischen Angelegenheit degradiert. Der technokratische Diskurs verdeckt nicht nur, dass auch die herrschende Politik spezifischen ökonomischen Interessen dient, sondern er verallgemeinert diese Interessen auch noch zu angeblich objektiv richtigen Zielen. Diese Strategie der Umdeutung wird auch in anderen Zusammenhängen sichtbar, etwa wenn politische Entscheidungen zunehmend an demokratisch nicht legitimierte Institutionen oder Expert_innen

regierungen delegiert werden (siehe unten). Als Diskursstrategie versucht die »Alternativlosigkeit« das herrschende Krisenregime unantastbar zu machen. Umgekehrt werden die Forderungen von Menschen, die Artikulation ihrer Interessen und die Bezugnahme auf politische Grundhaltungen als illegitim – weil sachlich nicht richtig – dargestellt. Die Formulierung von Forderungen und Alternativen könnten einen solchen bereits brüchigen gesellschaftlichen Konsens untergraben, denn: »Herrschaft lebt von Alternativlosigkeit« (Rosa Luxemburg Stiftung 2011).

Narrativ 3: Diffamierung von Kritik als »antieuropäisch«

Eine weitere Legitimationsstrategie, die das Narrativ der Alternativlosigkeit ergänzt, besteht darin, Kritik an der herrschenden Krisenpolitik als »antieuropäisch« zu diffamieren. Wie stark dieses Narrativ inzwischen die öffentliche Debatte durchzieht, wurde bei den Europaparlamentswahlen 2014 deutlich, als quer durch die Medienlandschaft fast alle nicht regierenden Parteien als »extrem« und »antieuropäisch« zusammengefasst wurden. So beschrieb etwa *orf.at* (26.05.2014), dass im neuen EU-Parlament »Europafeinde am linken und rechten Rand« stark vertreten sein werden. Das deutsche Handelsblatt bezeichnete sowohl die linke Syriza in Griechenland, als auch die rechten Wahlsieger in Dänemark, Frankreich und Großbritannien als »extremistisch« (Handelsblatt 26.05.2014).

Die Zuschreibung als »antieuropäisch« ist eine abgewandelte Anwendung der Extremismus-Theorie, bei der einer imaginierten ›guten Mitte‹ zwei angeblich gleich problematische extreme Pole links und rechts gegenüberstehen. Ähnlich dieser Teilung in »gemäßigt« und »extrem« hat die aktuelle Zuschreibung von »pro-« und »antieuropäisch« vor allem die Normalisierung der herrschenden Politik zum Ziel. Dem Narrativ zufolge ist die herrschende Krisenpolitik proeuropäisch, weil sie die (neoliberale) europäische Integration vertieft. Jede Kritik wird dann als »antieuropäisch« abgetan – und damit die fundamentalen Unterschiede zwischen linken und rechten Positionen sowie der eigentliche Inhalt der Kritik beiseite geschoben. Dabei basiert gerade progressive Kritik der herrschenden Krisenpolitik oft auf der Vision eines geeinten Europas, jedoch nicht in der aktuellen Form. Mit der Legitimationsstrategie der Diffamierung wird den Regierungen die Rolle der Retterinnen Europas zugeschrieben, während sie tatsächlich autoritäre und sozial ungerechte Politik machen. Politische Inhalte werden zur ›Mitte‹ und somit implizit zur Ausgewogenheit und zum gesellschaftlichen Konsens erklärt. Das Narrativ bietet somit die ideale Ergänzung zur »Alternativlosigkeit«.

Narrativ 4: Schuld, Spaltung und die Verschiebung des Verteilungskampfes

Wer die mediale Debatte zur europäischen Krisenpolitik verfolgt, sollte inzwischen einigermaßen verwirrt sein. Manchmal heißt es da, wir alle wären Schuld an den aktuellen Problemen der Eurozone. In den Worten des österreichischen ÖVP-Politikers Karlheinz Kopf klingt das so: »In Wahrheit haben alle über ihre Verhältnisse gelebt, wir alle haben Mitschuld daran.« (Der Standard 27.05.2010) Andererseits gibt es auch die Sichtweise, dass zwar »alle« Schuld seien, aber sicher nicht »alle hier«. So etwa, wenn die deutsche Welt über eine Studie der Weltbank berichtet: »Die Südeuropäer lagen zu lange auf der faulen Haut« und »[g]erade in hochverschuldeten Euro-Staaten arbeiten die Menschen zu wenig.« (Die Welt 25.01.2012) Schlussendlich passiert es auch manchmal, dass nicht nur die Bevölkerung einzelner Staaten, sondern auch unmoralische Banker_innen zu den Schuldigen der Krise erklärt werden. Insbesondere Medien greifen diese Sichtweise häufig auf: »Eine der Ursachen der bisher größten Finanzmarktkrise besteht in der hemmungslosen Gier zahlreicher Finanzinstitute, größtmögliche Renditen für Investoren in kürzester Zeit einzufahren.« (Berliner Zeitung 11.04.2009)

Diese Beispiele stehen für drei Interpretationen der Krisenursachen, die von Politiker_innen seit Jahren wiederholt und von Massenmedien beinahe kritiklos wiedergegeben werden. Alle drei Varianten verfolgen dieselbe Strategie: Sie schreiben bestimmten Personengruppen Schuld zu und blenden systemische Krisenursachen aus. Damit zielen sie auf eine Verschiebung des gesellschaftlichen Verteilungskampfes.

Das erste Beispiel – das Narrativ des »Über-die-Verhältnisse-leben«? – kann nahezu wortgleich bei Politiker_innen aus unterschiedlichen Ländern gefunden werden. So meinte neben Cameron, Kopf und Merkel auch der ehemalige deutsche Bundespräsident Horst Köhler 2009 im Hinblick auf die Ursachen der Krise: »Wir haben alle über unsere Verhältnisse gelebt« (Nachdenkseiten 25.03.2009). Die Erzählung zeichnet das Bild einer Gesellschaft, deren Mitglieder vor der Krise in sprichwörtlichem ›Saus und Braus‹ gelebt haben. Tatsächlich hat jedoch die Mehrheit der Menschen in den letzten Jahrzehnten kaum an Wohlstand gewonnen. Im Gegenteil kam es beispielsweise in Österreich und Deutschland durch stagnierende und teilweise sinkende Reallöhne sowie die Senkung von Steuern auf Unternehmensgewinne und Vermögen zu einem massiven Wachstum großer Vermögen, während der Lebensstandard des Großteils der Bevölkerung erodierte (ebd.; Beigewum 2014; Die Presse 28.03.2014). Dieses Narrativ, so offensichtlich falsch es ist, wird eingesetzt, um Austeritätsmaß-

nahmen zu rechtfertigen: Wenn die gesamte Bevölkerung die Schuld an der Krise trägt, so ist es nur logisch, dass auch alle für ihre Kosten bezahlen und Kürzungen bei Bildung und Sozialem hinnehmen müssen. Nicht zufällig fallen die Aussagen von Karl-Heinz Kopf und Horst Köhler daher in die Zeit der ersten Kürzungspakete. Die Kürzungspakete folgten in Deutschland und Österreich direkt auf die ersten Bankenrettungen – umso erstaunlicher, wie reibungslos sie durchsetzbar waren. Viele Politiker_innen, darunter der britische Premierminister David Cameron, legitimieren dies noch direkter, indem sie eine unmittelbare Verbindung zwischen der aktuellen Krise und dem von ihnen verachteten Sozialstaat herstellen: »We've been living beyond our means so we need to make sure we're spending money on the right things and we can't just leave the welfare system as it is.« (Politics Home 06.02.2014) Das Narrativ des »Über-die-Verhältnisse-leben« schiebt die Schuld für die Krise auf die Bevölkerung und den Sozialstaat, sie negiert den Zusammenhang mit Finanzkrise und Bankenrettung und verstellt den Blick auf die strukturellen Ursachen der Krise.

Das zweite Narrativ – die »faulen Südeuropäer_innen« – wird von Politiker_innen und Medien ebenfalls seit Jahren in unzähligen verschiedenen Varianten wiederholt. Diese Argumentation identifiziert die Eigenschaften und Verhaltensweisen der Menschen in Südeuropa und insbesondere in Griechenland als angebliche Ursachen der Krise. Auch hier erweisen sich die Behauptungen als falsch. So haben griechische Arbeitnehmer_innen beispielsweise eine höhere Jahresarbeitszeit als deutsche und österreichische, das Lohnniveau liegt weit unter dem europäischen Durchschnitt und mehr als die Hälfte der griechischen Rentner_innen erhält eine Pension unter der Armutsgrenze (Rosa Luxemburg Stiftung 2013). Häufig wird auch behauptet, die südeuropäischen Länder seien immer schon vom Rest Europas abhängig gewesen. In den Worten der ehemaligen österreichischen Finanzministerin Maria Fekter klingt das so: »Der Norden füttert den Süden durch« (Kurier 11.06.2013). Und der deutsche CSU-Politiker Markus Söder schlussfolgert: »Irgendwann muss jeder bei Mama ausziehen, und die Griechen sind jetzt so weit.« (Bild am Sonntag 05.08.2012) Hier wird Griechenland zum unmündigen Kind degradiert, das unselbstständig und verwöhnt sei. Wiederum entspricht diese Darstellung bei näherer Betrachtung keineswegs den realen ökonomischen Verhältnissen in der Eurozone, in der die Entwicklung aller Länder stark voneinander abhängig ist und vor allem Teile der deutschen Wirtschaft auf Kosten der Länder der europäischen Peripherie stark *profitierten* (Hans Böckler Stiftung 2012).

Die verwendeten Aussagen und Bilder sind dabei chauvinistisch und knüpfen teilweise direkt an rechtsextreme Diskurse an. Das höchst abwertende Akronym »PIGS« etwa wird häufig zur Beschreibung der sehr heterogenen Programmlän-

der (Portugal, Irland, Griechenland, Spanien) verwendet, und zwar auch in sogenannten Qualitätszeitungen und wissenschaftlichen Publikationen. Seltener wird auch die Abkürzung GIPSI (mit Italien) verwendet, wodurch der doppelt rassistische Charakter des Diskurses noch deutlicher wird. So werden Griech_innen und Südeuropäer_innen als minderwertige Menschen dargestellt, die der sonst starken europäischen Gemeinschaft schaden. Durch diese Narrative werden manchmal schon vergessen geglaubte, rassistische Stereotype reaktiviert und so die Verbreitung rassistischer Haltungen auch in anderen Politikfeldern erleichtert. Die Erzählung von den angeblich minderwertigen Südeuropäer_innen dient der Legitimation auf verschiedenen Ebenen. Erstens soll sie den Menschen die Schuld für die Krise zuschieben und so die brutalen Austeritätsprogramme legitimieren. Zweitens wird mit der Gefahr, die die Programmländer angeblich für die Stabilität der Eurozone darstellen, die autoritäre Politik und der Entzug demokratischer Rechte ihnen gegenüber gerechtfertigt (siehe ab 4.1.). Drittens, und dies ist der politisch zentrale Aspekt, werden mit diesem Narrativ die Menschen in Europa nach dem erprobten Prinzip des »teile und herrsche« gespalten und gegeneinander ausgespielt. Zwischen »Nord« und »Süd« wird ein Verteilungskampf um die Kosten der Krise inszeniert – mit dem Ziel, die eigentlichen Gegensätze zu verdecken: Während der letzten Jahrzehnte kam es zu einer starken Umverteilung von arm zu reich, von der breiten Bevölkerung hin zu Vermögenden und multinationalen Konzernen (siehe oben). In der Eurokrise werden die Ressourcen noch knapper und für die herrschende Politik gilt es zu verhindern, dass die Menschen die Legitimität dieser Verteilungssituation in Frage stellen.

Das dritte Narrativ, das auf die »Gier der Banker_innen« fokussiert, folgt einer anderen Logik, da die Schuld nicht auf die breite Bevölkerung übertragen wird. Stattdessen wird hier die Kritik von einer systemisch-strukturellen auf eine moralisch-psychologische Ebene gelenkt. Nicht die fehlende Regulierung des Finanzsektors, die extrem ungleiche Verteilung von Vermögen oder gar die grundsätzliche Krisenhaftigkeit des (finanzdominierten) Kapitalismus sind Gründe für die Wirtschaftskrise, sondern das Versagen der moralischen Urteilskraft Einzelner innerhalb eines grundsätzlich funktionierenden Systems. Die deutsche *Welt* bringt diese Sichtweise auf den Punkt: »Die Finanzkrise ist vor allem eine Krise unserer Moral.« (Die Welt 27.11.2010) Somit wird erneut die Aufmerksamkeit von den eigentlichen Ursachen abgelenkt und zugleich legitimiert, warum infolge der größten Krise seit den 1930ern keine Neuorientierung der Wirtschaftspolitik stattfindet. Im Gegenteil, um das Problem der gierigen Banker_innen in den Griff zu bekommen, reicht es diesem Narrativ zufolge, die Ausschüttung von Boni zu begrenzen und vielleicht etwas mehr Wirtschaftsethik für Betriebswirt_innen zu unterrichten – strukturelle Maßnahmen wie Finanz-

marktregulierung oder Umverteilung werden durch diese Moralisierung bzw. Psychologisierung ausgeblendet.

Narrativ 5: Wettbewerbsfähiges Europa statt Wohlstand für alle

In den letzten Jahrzehnten wurde die Zustimmung der Menschen zur europäischen Integration vor allem durch die Erzählungen von Europa als Friedens- und Wohlstandsprojekt erreicht. Während die Idee von Europa als Friedensprojekt nach wie vor aufrecht und für viele Menschen der letzte Grund ist, warum sie dieser Europäischen Union noch zustimmen, ist das Wohlstandsversprechen in seiner früheren Form diskreditiert. Dass über den gemeinsamen freien Markt stärkere wirtschaftliche Entwicklung möglich sei und es uns gemeinsam materiell besser gehe, ist seit längerem nur noch eine abstrakte Idee. Sie wurde zwar bislang durch kleine materielle Zugeständnisse basal abgesichert, entbehrt aber zunehmend sowohl dieser materiellen Grundlage als auch ihrer Legitimität. Im Zuge von Krise und Massenarbeitslosigkeit wurde das Wohlstandsnarrativ in der öffentlichen Debatte transformiert: Die Europäische Integration ist nun nicht mehr Garant für Wohlstand, sie verhindert nur ›noch Schlimmeres‹. Diese eigenartige Wendung findet sich etwa beim österreichischen Kolumnisten Hans Rauscher: »Wer sagt den EU-Skeptikern, dass es ohne EU viel schlimmer wäre?« (Der Standard 24.03.2014) Auch bei der überparteilichen Europa-Union Deutschland heißt es nun: »Nichts ist zur Zeit gut in Europa, aber ohne die Europäische Union wäre alles noch schlimmer« (Echo 31.01.2011). »Weniger schlecht« ist kein besonders überzeugendes Versprechen für die weitere Vertiefung der neoliberalen Integration. Daher lassen sich zunehmend Bemühungen beobachten, Legitimation über neue große Erzählungen zu erzeugen.

Zwei solcher Versuche für neue Erzählungen sind im Moment besonders prominent. In den Feuilletons und Sachbuchabteilungen suchen liberale und sozialdemokratische Intellektuelle und Politiker_innen nach einer Neuformulierung des ›europäischen Traums‹. Jürgen Habermas, Ulrich Beck, Daniel Cohn-Bendit, Guy Verhofstadt oder Martin Schulz beschwören den Charakter Europas als Friedensprojekt und Ort der Menschenrechte sowie als Antwort auf die zunehmende Bedrohung des Westens in der globalisierten Welt (Wehr 2013). Teile dieser Erzählung sind zwar deutlich älter als die Krise, sie wird aber heute verstärkt und durch das ökonomische Element der Wettbewerbsfähigkeit ergänzt. Dieses lautet kurz gefasst: Wenn wir uns in einer ökonomisch ›immer härteren Welt‹ behaupten wollen, dann müssen wir gemeinsam in Europa der wettbewerbsfähigste Raum der Welt werden, koste es was es wolle. Die Zielsetzung des »wettbewerbsfähigsten Raums der Welt« war bereits Teil der Lissabon-

Strategie, wurde aber erst in den letzten Jahren zu einer eigenen Erzählung weiterentwickelt. Als eine von vielen deutschen Konservativen sagt beispielsweise CDU-Politikerin Dött: »Wir setzen in der globalisierten Welt auf den Wettbewerb und ganz Europa muss wettbewerbsfähig bleiben.« (rp-online 28.01.2013) Auch der österreichische Staatssekretär Lopatka machte klar, dass es nicht um Armutsbekämpfung oder Wohlstandssteigerungen für alle geht, sondern um die Stabilisierung des Status quo: »Wir müssen alles tun, damit Europa wettbewerbsfähig bleibt, um unseren Wohlstand zu halten« (CSU 2013).

Diese neue Erzählung der Wettbewerbsstrategie löst das Wohlstandsversprechen ab. Sie legitimiert den Abbau von Arbeitsrechten und Sozialleistungen mit der beschworenen Bedrohung durch die globalisierten Weltmärkte. Auch wenn diese Erzählung in der öffentlichen Debatte aufgegriffen und reproduziert wird, so ist eine solche »Negativ-Legitimation« im Gegensatz zu den früheren positiven europäischen Erzählungen für die Menschen doch viel weniger attraktiv. Wie auch andere aktuelle Legitimationsdiskurse ist jener der Wettbewerbsfähigkeit von chauvinistischen Sichtweisen durchsetzt. Häufig wird Angst vor einer ökonomischen Macht der Schwellenländer geschürt und als diffuse Bedrohung inszeniert. Eine Zuspitzung dieses Bildes findet sich in dem Video »Growing Together«. Mit diesem warb die Europäische Kommission im Jahr 2012 für die Erweiterung der Union, musste es aber nach Protesten zurückziehen. Im Video wird eine »weiße« Frau dargestellt, die von drei Männern mit Waffen bedroht wird. In stereotyper Darstellung sollen die Männer Indien, China und Brasilien repräsentieren, die wild und gewaltvoll das zarte, friedliche Europa gefährden. Abgesehen vom Rassismus des Videos ist die Inszenierung vor allem angesichts der kolonialen Vergangenheit Europas und der immer noch bestehenden Kontinuität imperialistischer Strategien besonders empörend (Guardian 06.03.2012). Das Video ist ein extremes Beispiel dafür, wie über eine rassistisch gerahmte Bedrohung versucht wird, die Bevölkerung dazu zu bewegen, neoliberalen Reformen zuzustimmen.

4. AUTORITÄRE DURCHSETZUNG DES KRISENREGIMES

Weder die europäischen Institutionen, noch die neoliberalen Reformen der 1990er und frühen 2000er Jahre hatten den Ruf, besonders demokratisch oder partizipativ zu sein. Dennoch bilden sich im Rahmen der Krisenpolitik neue Mechanismen autoritären Regierens heraus, die in ihrem Umfang und ihrer Tragweite eine qualitative Veränderung darstellen. Wie bereits in der Einleitung erwähnt, kann die Zunahme autoritärer Herrschaftsformen als ein Indikator einer

Legitimationskrise der Europäischen Union gesehen werden. So formuliert etwa auch Lukas Oberndorfer (2012b, 62): »Die Hegemoniekrise der neoliberalen Integrationsweise lässt sich derzeit daran erkennen, dass auf den unterschiedlichen Maßstabsebenen des europäischen Institutionengefüges der brüchig werdende Konsens durch Zwang ersetzt wird.«

Neue Mechanismen autoritären Regierens etablieren sich aktuell auf unterschiedlichen politischen Ebenen: Erstens ersetzen Expert_innenregierungen demokratisch gewählte Kabinette. Zweitens intervenieren europäische Institutionen und Regierungen direkt in die Politik der Krisenländer. Drittens wird die neoliberale Austeritätspolitik auf europäischer Ebene rechtlich dauerhaft verankert. Viertens wird nationales Recht durch Notstandsgesetze ausgehebelt und Widerstand mit staatlicher Repression beantwortet.

4.1 Expert_innenregierungen

Griechenland, Irland, Portugal und Zypern gaben mit dem Eintritt in die sogenannten Rettungsprogramme einen großen Teil ihrer nationalen Souveränität auf. Die seither in diesen Ländern durchgeführten Maßnahmen und Kürzungen werden zu großen Teilen durch die Memoranden vorgegeben, die die Staaten im Gegenzug für die Kredite unterzeichnen mussten. Die Troika übt jedoch auch laufend in Detailfragen großen Einfluss auf die Entscheidungen der jeweiligen Regierung aus (Troika Watch 2014). Diese Einflussnahme gehört inzwischen zum politischen Alltag, es gibt aber einige Fälle, die in ihrer Drastik hervorstechen.

So wurden im Jahr 2011 unter dem Druck der europäischen Politik in Griechenland und Italien gewählte Regierungen durch Expert_innenkabinette ersetzt. Im Fall Griechenlands war der vorangehende Prozess besonders undemokratisch: Im Kampf um seine politische Position kündigte der damalige Premierminister Papandreu im Herbst 2011 ein Referendum über die Fortsetzung der Kürzungspolitik an. Nur wenige Tage später zog er seinen Vorschlag zurück – nach massivem politischen Druck europäischer Institutionen und Regierungen sowie dem angedrohten Auszahlungsstopp der Kredite durch die Troika. Er legte sein Amt nieder und stimmte der Einsetzung einer Expert_innenregierung unter dem ehemaligen EZB-Vizepräsidenten Papademos zu.

Neben der autoritären Intervention in diesem besonderen Fall ist die Ablöse gewählter Regierungen durch Expert_innenkabinette generell demokratiepolitisch problematisch. Die Berufung sogenannter Fachexpert_innen vermittelt das Bild, die aktuellen politischen Probleme wären ausschließlich auf inkompetente Politiker_innen zurückzuführen, und nicht etwa auf grundlegendere politökono-

mische Strukturen. Sie legt auch wie oben bereits ausgeführt nahe, Politik wäre ein Feld der Sachfragen, in dem Politiker_innen objektiv richtige oder falsche Entscheidungen treffen, ohne Bezug zu politischen Haltungen oder Interessenslagen. Sie trägt somit dazu bei zu verschleiern, dass die Krisenpolitik ein höchst konfliktreiches Feld gesellschaftlicher Auseinandersetzungen ist, auf dem Krisenkosten verteilt und Interessen durchgesetzt werden. So hängt dieser Blick auf Politik wiederum eng mit einer ihrer zentralen Legitimationsstrategien zusammen: der Alternativlosigkeit (siehe Narrativ 2).

4.2 Politische Interventionen

Ein halbes Jahr nach dem Rücktritt Papandreu und dem Antritt Papademos kam es anlässlich der Neuwahlen erneut zu massiven Interventionen europäischer Politiker_innen, diesmal zu Gunsten der konservativen Nea Dimokratia (ND) und der sozialdemokratischen PASOK (Nachdenkseiten 17.06.2012). Auch die Troika intervenierte, stoppte die Auszahlung der Kredite und schüchterte die Bevölkerung hinsichtlich eines möglichen Wahlgewinns der Linkspartei Syriza ein. Die Financial Times Deutschland ging so weit, der griechischen Bevölkerung in Form eines zweisprachigen Leitartikels die Wahl der ND zu empfehlen (Nachdenkseiten 15.06.2012). Neben Griechenland betreffen weitere prägnante Beispiele solcher Interventionen auch Italien und Irland. Im Fall Italiens wurde 2011 ein geheimer Brief *geleakt*, in dem EZB-Präsident Mario Draghi die Regierung zu einer Liste von Ausgabenkürzungen und Reformen auffordert und diese indirekt zur Bedingung von EZB-Hilfen machte (FAZ 30.09.2011). Die EZB drohte außerdem, irische Banken von Zentralbankgeldern abzuschneiden, sollte der irische Staat nicht alle Gläubiger_innen der verstaatlichten Banken auszahlen, anstatt diese an den Kosten der Insolvenz zu beteiligen (Whelan 2012, 9ff.). Die EZB verfügt dabei rechtlich über kein Mandat, auf wirtschaftspolitische Entscheidungen der Mitgliedsstaaten einzuwirken.

4.3 Europarechtliche Verankerung der neoliberalen Krisenpolitik

Auf der europäischen Ebene bedeuten die im Rahmen der *Economic Governance* abgeschlossenen Verträge und Vertragsänderungen eine Entwicklung hin zur rechtlichen Verankerung der neoliberalen Integrationsweise, die Oberndorfer (2012b, 63ff.) im Anschluss an Gill als »autoritären Konstitutionalismus« bezeichnet hat. Die *Economic Governance* überträgt nicht nur die Austeritätspolitik der Krisenländer auf die gesamte Eurozone, sie stellen diese durch ihre Verrecht-

lichung auch auf Dauer (Klatzer/Schlager 2011; Konecny 2012; Oberdorfer 2012a). Stierle und Haar (2012) bezeichnen das Ziel der Verträge sehr prägnant als »Troika für alle, für immer«. Hier kann nicht im Detail auf den Inhalt der Verträge eingegangen werden. Zu ihren zentralen Elementen gehören jedoch die repressiven Maßnahmen, mit denen sie durchgesetzt werden sollen: neue Mechanismen zur makroökonomischen Überwachung, ein stärkeres Mitspracherecht der Europäischen Kommission in der nationalen Budgetpolitik und die Möglichkeit empfindlicher Geldbußen, wenn deren Vorgaben nicht eingehalten werden. Insgesamt bringen die Verträge auch eine Verschiebung maßgeblicher politischer Kompetenzen von der Legislative (Parlamente auf nationaler und europäischer Ebene) hin zur Exekutive (Kommission und Rat) (Guth 2013, 34; Oberdorfer 2012c, 64). Die Verträge sind somit in ihrer Zielsetzung autoritär, indem sie zentrale Politikfelder langfristig der demokratischen Kontrolle entziehen. Sie sind es aber auch in ihrer Beschlussweise, die selbst keine Grundlage in den europäischen Verträgen hat. So wurde etwa der Fiskalpakt außerhalb des europäischen Rechts als völkerrechtlicher Vertrag beschlossen und umgeht damit sogar die geringen demokratischen Anforderungen des Europarechts.

4.4 Repression

Eines der sicht- und spürbarsten Elemente der autoritären Verschiebung ist der Umgang der Regierenden mit Widerstand und zwar mittels Notstandsgesetzen, Polizeigewalt und der Kriminalisierung von Protest. So gehen beispielsweise die Regierungen Spaniens und Griechenlands mit Notstandsgesetzen gegen streikende Arbeitnehmer_innen vor. Im Jahr 2010 wurden streikende Fluglots_innen in Spanien unter Androhung von Haftstrafen zur Rückkehr an den Arbeitsplatz gezwungen (Spiegel Online 04.02.2010). Zum gleich Zweck setzte die Regierung im Jahr 2013 in Griechenland den Notstandsparagraphen der »zivilen Mobilisierung« gegen streikende Seeleute, Lehrer_innen und Angestellte der Verkehrsbetriebe ein (Der Standard 05.02.2013; Keep Talking Greece 24.01.2013, 11.05.2013). Auch in anderen Bereichen kommen im Rahmen der Krisenpolitik Notstandsgesetze häufiger zum Einsatz, wenn Regierungen versuchen, Austeritätsmaßnahmen sogar gegen parlamentarische Mehrheiten und nationale Verfassungen durchzusetzen. So verfügte beispielsweise die griechische Regierung die Schließung von ERT, des öffentlich-rechtlichen Rundfunks im Sommer 2013 über eine Notverordnung ohne Einbeziehung des Parlaments (Nachdenkseiten 13.06.2013).

Die Repression richtet sich jedoch nicht nur gegen Streikende, sondern gegen jede Art des Protests gegen die Krisenpolitik, denen in zahlreichen Ländern mit

massiver Polizeigewalt begegnet wird. In Griechenland ist die Verwendung von Tränengas und Blendgranaten durch die Polizei an der Tagesordnung, an einzelnen Protesttagen werden oft hunderte Personen verletzt (Amnesty International 2012, 10f.). Die Polizeigewalt richtet sich gleichermaßen gegen friedliche Demonstrant_innen und Journalist_innen (Reuters 14.11.2011). In Spanien ist Gewalt gegen Demonstrant_innen ebenfalls an der Tagesordnung. Auch hier stehen einige Ereignisse hervor, beispielsweise als die Polizei in Valencia einen Schüler_innenprotest für Schulbücher und beheizte Klassenzimmer mit Knüppeln und Gummigeschossen niederschlug (Die Welt 21.02.2012). Weiters gibt es häufig Vorwürfe über den Einsatz von *Agent Provocateurs*, Polizist_innen in Zivil, die die Stimmung bei Demonstrationen gezielt anheizen und als Demonstrant_innen getarnt auch selbst Gewalt ausüben (Telepolis 16.06.2011).

Repression und Gewalt gegen Krisenproteste sind jedoch nicht auf Südeuropa begrenzt. So plant etwa die britische Polizei in einer Zeit der massiven Ausgabenkürzungen erstmals den Ankauf von Wasserwerfern (Penny 2014). Auch in Frankfurt, wo das internationale Blockupy-Bündnis 2012 und 2013 im »Herzen des Europäischen Krisenregimes« gegen die Politik der Troika protestierte, kam es zu gewaltsamer Repression. 2012 wurde die Innenstadt großräumig abgeriegelt und präventiv Einreiseverbote für hunderte Aktivist_innen verhängt. Im Jahr 2013 stoppte die Polizei 20.000 Demonstrant_innen nach wenigen Minuten, bildete einen riesigen Kessel und ging gewaltvoll gegen die friedliche und gerichtlich genehmigte Demonstration vor (Frankfurter Rundschau 20.05.2012; 02.06.2013; Mittendrein 2013).

Weil sich die Proteste nicht unmittelbar niederschlagen ließen, versuchen europäische Regierungen zunehmend, auch mit rechtlichen Mitteln gegen sie vorzugehen. So stellte die spanische Regierung im November 2013 eine Reform des Verwaltungsstrafrechts vor, mit der die Exekutive mehr Durchgriffsrechte in Bereichen erhält, die bisher dem Strafgesetz zugehörten. Geplant sind Verwaltungsstrafen von bis zu 600.000 Euro für unangemeldete Demonstrationen oder für Organisator_innen von Demonstrationen, bei denen es zu gewalttätigen Ausschreitungen kommt. Ein inzwischen vielzitatierter Satz des katalonischen Innenministers aus ähnlichen Debatten 2012 macht die Haltung der Regierenden den Protesten gegenüber deutlich: »Wir brauchen ein System, das den Demonstranten Angst macht.« (Caceres/Oberndorfer 2013, 453f.)

5. CONCLUSIO – WARUM ÜBER LEGITIMATIONSSTRATEGIEN NACHDENKEN?

Legitimationsstrategien gehören zu den zentralen Werkzeugen zur Stabilisierung herrschender Verhältnisse. So verlockend es manchmal ist, auf der diskursiven Ebene zu verbleiben, so wichtig ist es aber, sie nicht losgelöst von der politischen und sozialen Realität zu betrachten. Diskurse – und somit auch Legitimationsdiskurse – sind wirkungsmächtige Mechanismen zu Herstellung sozialer Ordnungen, indem sie Handeln erklären und strukturieren. Gesellschaftliche Deutungen finden ihren Weg in die Köpfe und Körper der Menschen, jedoch nicht nur über Diskurse, sondern auch sehr viel unmittelbarer durch Zwang oder die Bedingungen des alltäglichen Erlebens. Im Fall der Legitimationsstrategien der Krisenpolitik habe ich argumentiert, dass die herrschende Politik nicht nur durch aufwändige Diskurse begleitet, sondern auch zunehmend autoritär und gewaltvoll durchgesetzt wird. Die brüchig gewordene gesellschaftliche Zustimmung macht es erforderlich, die herrschende Politik mittels neuer Muster und Strategien zu legitimieren. Wo dies nicht möglich ist, wird sie durch autoritäre Regierungsformen ersetzt; beide Strategien greifen ineinander.

Ein weiterer Aspekt der Durchsetzung von Politik und des Zurückdrängens von Widerstand blieb in diesem Beitrag leider unberücksichtigt: der Aspekt der materiellen Lebensbedingungen. Die europäische Krisenpolitik stürzt breite Bevölkerungsschichten in Armut, isoliert Menschen und drängt sie ins Private. Auf diese Weise entziehen sie den Menschen die materielle Lebensgrundlage und erschweren ihnen, ihre Interessen politisch zu vertreten. Die Politik und ihre Legitimationsstrategien schaffen ein gesellschaftliches Klima der Angst und Unsicherheit und inszenieren einen Verteilungskampf um angeblich knappen Wohlstand. Die beschriebenen Legitimationsstrategien gefährden zudem den gesellschaftlichen Zusammenhalt, indem sie soziale Probleme individualisieren, Menschen aus ihrem Umfeld herauslösen und somit kollektives Handeln zu einer noch größeren Herausforderung machen.

Wie können nun kritische Sozialwissenschaftler_innen und Aktivist_innen diesen wirksamen Legitimationsstrategien entgegentreten? Ich denke, es gehört zu unseren zentralen Aufgaben zu analysieren, wie gesellschaftlicher Konsens zustandekommt und dabei die unterschiedlichen Ebenen von Legitimationsstrategien, autoritären Durchsetzungsmechanismen und materieller Basis zusammenzudenken. Neben dem Herausarbeiten von Strategien und Narrativen wäre es auch notwendig zu analysieren, inwieweit die Deutungsangebote der Eliten von der Bevölkerung aufgenommen und reproduziert werden. Gemeinsam bietet dies die Basis, mögliche Bruchlinien von Hegemonie zu identifizieren und Ge-

genwissen zu entwickeln. Wissenschaftler_innen und Autor_innen, die Wissen über autoritäre Herrschaftsmechanismen – über undemokratische Mittel, Repression und Gewalt – bereitstellen, tragen so zentral dazu bei, politischen Widerspruch zu ermöglichen.

Die Ebene der Lebensbedingungen ist speziell für Aktivist_innen möglicherweise der schwierigste Ansatzpunkt. Atomisierung und Prekarisierung, das gesellschaftliche Klima der Angst und das Gefühl der Zweck- und Machtlosigkeit gegenüber scheinbar unangreifbaren Gegner_innen sind grundlegende Aspekte des Lebens im neoliberalen Kapitalismus, die durch die Austeritätspolitik noch weiter verschärft werden (Roos 2014). Sie erschweren politische Arbeit und den Aufbau dauerhafter, breiter Bündnisse. Soziale Bewegungen stehen somit vor der großen Herausforderung, nicht nur Legitimationsstrategien und autoritären Herrschaftsinstrumenten entgegenzutreten, sondern auch jene neoliberalen Kontrollmechanismen zu dekonstruieren, die Widerspruch, Widerstand und Solidarität entgegenstehen.

LITERATUR

- AK (Arbeiterkammer Wien) (2013): *Austeritätspolitik und Menschenrechte. Rechtspflichten der Unionsorgane beim Abschluss von Memoranda of Understanding*, (www.media.arbeiterkammer.at/PDF/Studie_Austeritaetspolitik_und_Menschenrechte.pdf).
- Amnesty International (2012): *Police violence in Greece. Not just ›isolated incidents‹*, (www.amnesty.ch/de/laender/europa-zentralasien/griechenland/dok/2012/polizeigewalt-in-griechenland-handlungsbedarf-fuer-die-neue-regierung-auch-in-sachen-menschenrechte/bericht-police-violence-in-greece-not-just-isolated-incidents-.juli-2012.-64-seiten).
- Beigewum (2014): »Mythos: ›Wir haben alle über unsere Verhältnisse gelebt.« In: *Blog Arbeit&Wirtschaft* 02.01.2014, (www.blog.arbeit-wirtschaft.at/mythos-wir-haben-alle-ueber-unsere-verhaeltnisse-gelebt).
- Caceres, Imayna/Oberndorfer, Lukas (2013): »Verlangt das Gesetz der bürgerlichen Sicherheit die Einschränkung der politischen Freiheiten? – Spanien und die Neuzusammensetzung von Zwang und Konsens im autoritären Wettbewerbsetatismus.« In: *juridikum* 4/2013, S. 453-463.
- Candeias, Mario (2013): *Linke Strategien in der Eurokrise. Eine kommentierte Übersicht*. Berlin: RLS Analysen, 4, (www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Analysen/Analyse_Linke_Strategien_in_der_Eurokrise.pdf).

- Caritas Europa (2014): *The Impact of the European crisis. A study of the impact of the crisis and austerity on people, with a special focus on Greece, Ireland, Italy, Portugal and Spain*, (www.socialjustice.ie/sites/default/files/file/EU/2013-02-01%20-%20CaritasCrisisReport%20%20semi%20final%20version.pdf).
- Corporate Europe Observatory (2014): *Punishing the victims - a beginner's guide to the EU and the crisis*, (<http://corporateeurope.org/eu-crisis/2014/02/punishing-victims-beginners-guide-eu-and-crisis>).
- Guth, Ralph (2013): »EU-Krisenpolitik als Verrechtlichung der Demokratie. Autoritärer Konstitutionalismus und die Negation der Volkssouveränität.« In: *Momentum Quarterly* 2(1), S. 34-46.
- Hans-Böckler-Stiftung (2012): »Ungleichgewichte versperren Weg aus der Eurokrise.« In: *Böckler Impuls* 08/2012. (www.boeckler.de/impuls_2012_08_4-5.pdf).
- Klatzer, Elisabeth/Schlager, Christa (2011): »Europäische Wirtschaftsregierung – eine stille neoliberale Revolution.« In: *Kurswechsel* 1/2011, S. 61-81.
- Konecny, Martin (2012): »Die Herausbildung einer neuen Economic Governance als Strategie zur autoritären Krisenbearbeitung in Europa – gesellschaftliche Akteure und ihre Strategie.« In: *Prokla* 168, S. 357-376.
- Laskos, Christos/Tsakalotos, Euclid (2013): *Crucible of Resistance. Greece, the Eurozone and the World Economic Crisis*. London: PlutoPress.
- Mittendrein, Lisa (2013): »Mit dem Knüppel gegen den Diskurs.« In: *Wiener Zeitung* 06.06.2013, (www.wienerzeitung.at/meinungen/gastkommentare/552575_Mit-dem-Knueppel-gegen-den-Diskurs.html).
- Mandate/Unite (2013): »Hungry for Action. Mapping Food Poverty in Ireland.« (<http://unitetheunionireland.files.wordpress.com/2013/12/hungryfor-action1.pdf>).
- Oberndorfer, Lukas (2012a): »Der Fiskalpakt – ein weiterer Schritt in Richtung Entdemokratisierung.« In: *AK infobrief eu & international* 1/2012, S. 7-12.
- Oberndorfer, Lukas (2012b): »Vom neuen zum autoritären Konstitutionalismus: Soziale Bewegungen, Recht und Demokratie in der europäischen Krise.« In: *Kurswechsel* 2/2012, S. 62-67.
- Oberndorfer, Lukas (2013): Pakt(e) für Wettbewerbsfähigkeit als nächste Etappe in der Entdemokratisierung der Wirtschaftspolitik? In: *Infobrief eu & international*, 1/2013, S. 19-26.
- Oxfam (2013): *A Cautionary Tale: The true cost of austerity and inequality in Europe*, (www.oxfam.org/sites/www.oxfam.org/files/bp174-cautionary-tale-austerity-inequality-europe-120913-en_1.pdf).

- Penny, Laurie (2014): »In London, the only choice the poor and discontented get is this: water cannon or rubber bullets.« In: *New Statesman* 03.03.2014. (www.newstatesman.com/2014/02/london-only-choice-poor-and-discontented-get-water-cannon-or-rubber-bullets).
- Rosa Luxemburg Stiftung (2011): *lasst uns über alternativen reden...*, (<http://alternativen.blog.rosalux.de/uber-alternativen-rede/>).
- Rosa Luxemburg Stiftung (2013): »Schummel-Griechen machen unseren Euro kaputt.« Beliebte Irrtümer in der Schuldenkrise.« In: *luxemburg argumente*. (www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/Broschur_Griechen2_dt_1203.pdf).
- Roos, Jeremy (2014): *Where is the protest? A reply to Graeber and Lapavistas*, 09.04.2014, (<http://roarmag.org/2014/04/protest-austerity-graeber-lapavistas>).
- Schulz Jimeno, Helena (2012): »Ende des (branchenbezogenen) Flächentarifvertrages – Vor einer radikalen Dezentralisierung der Tarifpolitik in Spanien?« *WSI Tarifpolitische Tagung 2012: Faire Löhne und Gute Arbeit*, (www.boeckler.de/pdf/v_2012_09_27_schulz-jimeno.pdf).
- Soltý, Ingar/Gill, Stephan (2013): »Krise, Legitimität und die Zukunft Europas. Skizze eines Forschungsansatzes.« In: *Das Argument* 301, S. 82-94.
- Sterle, Steffen/Haar, Kenneth (2012): Troika für alle und immer, (www.transiteurope.wordpress.com/2012/12/04/troika-fur-alle-und-immer/).
- Wehr, Andreas (2013): *Der europäische Traum und die Wirklichkeit. Über Habermas, Cohn-Bendit, Beck und die anderen*. Köln: Papyrossa.
- Whelan, Karl (2012): *The ECB's Role in Financial Assistance Programmes*, 9ff., (www.karlwhelan.com/EU-Dialogue/Whelan_June2012.pdf).

QUELLEN

- Berliner Zeitung (11.04.2009): »Hemmungslose Gier.« (www.berliner-zeitung.de/archiv/hemmungslose-gier,10810590,10632786.html).
- Bild am Sonntag (05.08.2012): »Sahra Wagenknecht und Markus Söder im Interview.« (www.bild.de/politik/inland/interview/so-friedlich-wie-auf-diesem-foto-blieb-unser-gespraech-ueber-die-eurokrise-nicht-teil-1-25496026.bild.html).
- Bundesministerium der Finanzen (2014): *Reformen in der Eurozone: Beispiele*, (www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Europa/Stabilisierung_des_Euro/Zahlen_und_Fakten/2012-11-01-reformen-in-der-eurozone-beispiele.html).

- CSU (2013): *Festakt zum Jubiläum des ASP Niederbayern*, (www.csu.de/verbaende/ov/strasskirchen-neu/regionales/juni-2013/festakt-zum-jubilaeum-des-asp-niederbayern).
- Der Standard (27.05.2010): »Kopf: ›Schuld sind nicht die Spekulanten.« (www.derstandard.at/1271377643733/Kopf-Schuld-sind-nicht-die-Spekulanten).
- Der Standard (05.02.2013): »Athen verpflichtet Seeleute zum Dienst.« (www.derstandard.at/1358305672291/Athen-verpflichtet-Seeleute-zum-Dienst).
- Der Standard (24.03.2014): »Der EU-Irrtum.« Artikel von Hans Rauscher. (www.derstandard.at/1395363071161/Der-EU-Irrtum).
- Die Presse (28.03.2014): »Nettoeinkommen: Das verlorene Vierteljahrhundert.« (www.diepresse.com/home/wirtschaft/economist/1583022/Nettoeinkommen_Das-verlorene-Vierteljahrhundert?_v1_backlink=%2Fhome%2Findex.do).
- Die Welt (27.11.2010): »Wirtschaftsethik muss jetzt zur Chefsache werden.« (www.welt.de/debatte/kommentare/article11254499/Wirtschaftsethik-muss-jetzt-zur-Chefsache-werden.html).
- Die Welt (25.01.2012): »Die Südeuropäer lagen zu lange auf der faulen Haut.« (www.welt.de/debatte/kommentare/article13833564/Die-Suedeuropaeer-lagen-zu-lange-auf-der-faulen-Haut.html).
- Die Welt (21.02.2012): »Spanische Polizei prügelt auf Minderjährige ein.« (www.welt.de/politik/ausland/article13879504/Spanische-Polizei-pruegelt-auf-Minderjaehrige-ein.html).
- Echo (31.01.2011): »Ohne EU noch schlimmer.« (www.echo-online.de/region/ruesselsheim/Ohne-EU-noch-schlimmer;art1232,1558844).
- Eurostat (2014): *Europäische Statistisk-Datenbank*. (www.epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/statistics/search_database).
- FAZ – Frankfurter Allgemeine Zeitung (30.09.2011): »Drakonische Forderung von Trichet und Draghi an Italien.« (www.faz.net/aktuell/wirtschaft/eurokrise/geheimer-brief-drakonische-forderung-von-trichet-und-draghi-an-italien-11411076.html).
- FAZ – Frankfurter Allgemeine Zeitung (10.02.2012 2012a): »Aggressive Reform« Spanien reformiert den Arbeitsmarkt.« (www.faz.net/aktuell/wirtschaft/aggressive-reform-spanien-reformiert-den-arbeitsmarkt-11644953.html).
- FAZ – Frankfurter Allgemeine Zeitung (15.04.2012 2012b): »Marktkonforme Demokratie? Oder demokratiekonformer Markt?« (www.faz.net/aktuell/politik/harte-bretter/marktkonforme-demokratie-oder-demokratiekonformer-markt-11712359.html).

- Frankfurter Rundschau (20.05.2012): »Peinlich für Frankfurt.« (www.fr-online.de/blockupy-frankfurt/kommentar-zu-blockupy-peinlich-fuer-frankfurt,15402798,16076056.html).
- Frankfurter Rundschau (02.06.2013): »Ende einer Demonstration.« (www.fr-online.de/blockupy-frankfurt/blockupy-frankfurt-ende-einer-demonstration,15402798,23093936.html).
- Guardian (06.03.2012): »European commission criticised for 'racist' ad.« (www.theguardian.com/world/2012/mar/06/european-commission-criticised-racist-ad).
- Handelsblatt (26.05.2014): »Wie braun ist Europa?« (www.handelsblatt.com/politik/international/europawahl/nach-den-wahlen-wie-braun-ist-europa/9948988.html).
- Instituto Nacional de Estatística (2013): *Estatísticas Demográficas – 2012*. (www.ine.pt/ngt_server/attachfileu.jsp?look_parentBoui=177244122&att_display=n&att_download=y)
- Keep Talking Greece (11.05.2013): »Greek gov't to issue 86,000 'civil mobilization' orders for teachers ... before the strike.« (www.keeptalkinggreece.com/2013/05/11/greek-govt-to-issue-86000-civil-mobilization-orders-for-teachers-before-the-strike/).
- Keep Talking Greece (24.01.2013): »Athens: Gov't – public transport workers conflict escalates after ›civil mobilization‹ decision.« (www.keeptalkinggreece.com/2013/01/24/athens-govt-public-transport-workers-conflict-escalates-after-civil-mobilization-decision/).
- Kleine Zeitung (27.06.2012): »Faymann: ›Durchgriffsrecht für EU.« (www.kleinezeitung.at/nachrichten/politik/eu/3053017/faymann-durchgriffsrecht-fuer-eu.story).
- Kurier (11.06.2013): »Fekter: ›Norden füttert Süden durch.« (www.kurier.at/politik/inland/fekter-norden-fuettert-den-sueden-durch/15.424.303).
- Nachdenkseiten (25.03.2009): »Köhler: ›Wir haben alle über unsere Verhältnisse gelebt.« (www.nachdenkseiten.de/?p=3848).
- Nachdenkseiten (17.06.2012): »Hallo Griechen! Entweder Ihr wählt richtig! Oder wir helfen Euch nicht mehr!« (www.nachdenkseiten.de/?p=13555).
- Nachdenkseite (13.06.2013): »Titel: Die Hängepartie um den griechischen Rundfunk ERT – die Regierungskrise schmort weiter (Teil 2).« (www.nachdenkseiten.de/wp-print.php?p=17685).
- Nachdenkseiten (15.06.2012): »Griechenland vor der Wahl: Mediales europäisches Powerplay gegen Syriza und den Kurswechsel«, Hinweise des Tages (www.nachdenkseiten.de/?p=13536#h03).

- N24 (18.02.2009): »Alternativlos: Merkel verteidigt Banken-Enteignungsgesetz.« (www.n24.de/n24/Nachrichten/Wirtschaft/d/627050/merkel-verteidigt-banken-enteignungsgesetz.html).
- orf.at (26.05.2014): »Europaparlament vor Härteprobe.« (www.orf.at/stories/2231512/2231547/).
- Politics Home (06.02.2014): »David Cameron: Govt has been proactive in responding to floods.« (www.politicshome.com/uk/article/92515/david_cameron_govt_has_been_proactive_in_responding_to_floods.html).
- Puls 4 (14.01.2014): »Unangenehm aber alternativlos«, *Puls 4 News Arena*. (http://oesterreichprogrammierung.puls4.com/content/bereich/news_2014/p4_news_arena.html).
- Reuters (14.11.2011): »In the eye of the Greek storm.« Artikel von Yannis Behrakis. (www.blogs.reuters.com/photographers-blog/2011/11/14/in-the-eye-of-the-greek-storm/).
- rp-online (28.01.2013): »Marie-Luise Dött kandidiert erneut für den Bundestag.« (www.rp-online.de/nrw/staedte/dinslaken/marie-luise-doett-kandidiert-erneut-fuer-den-bundestag-aid-1.3150211).
- Spiegel Online (04.02.2010): »Fluglotsenstreik in Spanien: Regierung ruft Notstand aus.« (www.spiegel.de/reise/europa/fluglotsenstreik-in-spanien-regierung-ruft-notstand-aus-a-732860.html).
- Stern (13.12.2010): »Steinbrück: Milliardenhilfen für HSH Nordbank alternativlos.« (www.stern.de/politik/deutschland/kieler-untersuchungsausschuss-steinbrueck-milliardenhilfen-fuer-hsh-nordbank-alternativlos-1633798.html).
- Telepolis (16.06.2011): »Bestellte Gewalt auch in Spanien? Empörte distanzieren sich von der Gewalt in Barcelona und ein Video weist auf Polizeiprovo-kateure hin.« (www.heise.de/tp/news/Bestellte-Gewalt-auch-in-Spanien-2011-06-16-11-9512.html).
- Troika Watch (2014): *Website covering the actions of the Troika and resistance against it.* (www.troikawatch.net).
- WAZ (10.01.2014): »Steinmeier lobt Griechenland, verteilt aber keine Geschenke.« (www.derwesten.de/politik/steinmeier-lobt-griechenland-verteilt-aber-keine-geschenke-id8856919.html).
- Zeit Online (07.09.2011): »Merkel verteidigt die Euro-Rettung.« (www.zeit.de/politik/deutschland/2011-09/merkel-euro-rettung)

